

Hansestadt Stendal		Antrag	Datum: 27.02.2018
Amt:	13 - Büro des Oberbürgermeisters	Drucksachenummer:	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Az.:		A VI/048	
TOP:	Durchführung einer Bürgerbefragung		

Beratungsfolge:		Beratungsergebnis:	
Stadtrat	am:	09.04.2018	

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 28 Abs. 3 KVG LSA und § 19 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal.
2. Die Fragestellung dazu lautet:
Sind Sie der Auffassung, dass durch die Realisierung der geplanten Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung mit bis zu 1000 Plätzen für Asylbewerber in Stendal eine Gefährdung des sozialen Friedens in der Hansestadt Stendal eintreten wird?
3. Die Fragestellung hat so zu erfolgen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit „Ja“ oder „Nein“ entscheiden können.
4. Die Befragung ist im schriftlichen Verfahren innerhalb von 4 Wochen durchzuführen.
5. Das Ergebnis der Bürgerbefragung ist im Amtsblatt unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.
6. Nach der Bürgerbefragung entscheidet der Stadtrat erneut durch Beschlüsse, wie mit dem Ergebnis der Befragung weiter umgegangen wird.

Begründung:

Die Ratsfraktion CDU/Landgemeinden vertritt die Auffassung, dass der Betrieb der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung (LAE) mit bis zu 1000 Plätzen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Stendal in unserer dünnbesiedelten Region eine Fehlentscheidung ist.

Man schätzt die Integrationskraft, die eigenen Ressourcen der kommunalen Einrichtungen und das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement so ein, dass diese durch die Inbetriebnahme dieser großen Erstaufnahmeeinrichtung überfordert sind.

Durch den geplanten Betrieb der Einrichtung sieht die Ratsfraktion CDU/Landgemeinden daher den sozialen Frieden in der Hansestadt Stendal als

gefährdet an.

Aufgrund der zahlreichen an die Fraktion gerichteten Anfragen ist man davon überzeugt, dass in der Bürgerschaft in Bezug auf die geplante Einrichtung viele Ängste und Vorbehalte existieren.

Die Stadträte sind der Auffassung, dass man diese Irritationen ernst nehmen muss und darum ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger zu befragen und zu beteiligen. Das Ergebnis der Bürgerbefragung soll die Forderungen der Hansestadt Stendal gegenüber der Landesregierung zur Wahrung des sozialen Friedens in der Hansestadt Stendal unterstützen.

Hardy Peter Güssau
Fraktionsvorsitzender

Antragstext:
Siehe Anlage

Einreicher

Anlagenverzeichnis:
Antrag der Fraktions CDU/Landgemeinden vom 19.02.2018